

Philanthropie Aktuell

Center for Philanthropy Studies (CEPS), Universität Basel
Steinengraben 22, CH-4051 Basel
Tel.: +41 61 207 23 92, E-Mail: ceps@unibas.ch
www.ceps.unibas.ch

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,



In einer idealen Gesellschaft sind die Sphären von Staat, Wirtschaft und Nonprofit-Organisationen (NPO) klar definiert und eindeutig differenzierbar. Der Staat basiert auf demokratischen Prinzipien, die Wirtschaft

folgt den Marktprinzipien und NPO basieren auf freiwilligen Beiträgen der Bürger. Wenn es doch nur so einfach wäre! In der Realität sind die drei Sektoren eng miteinander verbunden, es gibt Überschneidungen, Doppelspurigkeiten und Interferenzen. Die Grenzlinien dazwischen sind nicht fix, sondern müssen immer wieder neu ausgehandelt werden.

Dies wird in der aktuellen Debatte zum politischen Engagement von gemeinnützigen Organisationen deutlich. Es gibt gute Argumente für beide Seiten, die grundsätzliche Beschneidung der politischen Mitwirkung von NPO wie auch die Notwendigkeit von Lobbying und Advocacy – gerade für jene, die keine unmittelbaren politischen Rechte haben.

Eine ganz andere Frage dabei ist: Wie wichtig ist eigentlich der Gemeinnützigkeitsstatus und damit der Steuerabzug, wenn man vom eigenen Anliegen überzeugt ist? Im Crowdfunding und in der Philanthropie gibt es zunehmend Akteure, die den Gemeinnützigkeitsstatus gar nicht anstreben und sich damit viel Bürokratie und Regulierung ersparen.

Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Ihr Georg von Schnurbein

Gemeinnützig und politisch – ein Widerspruch?

Im vergangenen Jahr ist eine hitzig geführte Debatte um die Beteiligung gemeinnütziger Organisationen an politischen Prozessen entstanden. Statt über stärkere Regulierung sollte über die Grundsätze der inhaltlichen Mitwirkung diskutiert werden. Von Georg von Schnurbein

In der Öffentlichkeit wird Gemeinnützigkeit oftmals mit Nonprofit-Organisationen (NPO) gleichgesetzt. Dabei gibt es eine ganze Anzahl von NPO, die nicht gemeinnützig, also nicht steuerbefreit sind. Dazu zählen insbesondere alle Sportvereine, politische Parteien sowie Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Während «Nonprofit» allgemein bedeutet, dass eine Organisation nicht nach finanziellem Gewinn strebt, ist Gemeinnützigkeit ein steuerrechtlicher Begriff – die Grundlage für eine Steuerbefreiung. Die wesentlichen Kriterien dafür sind Uneigennützigkeit und das Verfolgen von Allgemeininteressen. In der Praxis aber scheint es zunehmend Probleme mit dem Begriff und den damit verbundenen Konsequenzen zu geben.

Im vergangenen Jahr wurden mit dem Jagdgesetz-Referendum und der Konzernverantwortungsinitiative gleich zwei Abstimmungen an vorderster Front von gemeinnützigen NPO geprägt. Die anschliessende Debatte gipfelte in einer Motion von Nationalrat Ruedi Noser, der die Überprüfung der Anforderungen für die Steuerbefreiung forderte.

Veränderte Politiklandschaft

Um die aktuelle Situation zu verstehen, bedarf es eines kurzen Rückblicks in die Entwicklung der Schweizer Politik. Bis in die 1990er Jahre hinein spielen Verbände (also nicht gemeinnützige NPO) eine wichtige Rolle in der Politik – ihre verfassungsrechtliche Stellung ist sogar höher

als die der politischen Parteien. Seither haben sie jedoch zunehmend an Bedeutung verloren, während zuerst die Parteien, und später allgemeine Interessengruppen, Wissenschaftler und kantonale Verwaltungsstellen an Einfluss gewonnen haben. Der Einfluss der Verbände ist gesunken, weil die Themen in der Politik immer komplexer und gleichzeitig spezifischer werden. Es wird immer schwieriger, in einem bestimmten politischen Geschäft alle Mitglieder gleichermaßen zu vertreten. Die Mitgliederlogik steht der Einflusslogik oftmals im Weg (Armingeon 2011).

Bei den gemeinnützigen NPO hat sich dagegen immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass ein politisches Engagement wichtig ist, um die eigenen Ziele zu erreichen – nicht zuletzt aus einer finanziellen Überlegung: CHF 1,8 Mrd. privaten Spenden pro Jahr stehen CHF 234,5 Mrd. Steuereinnahmen gegenüber. Verändert der Staat seine Ausgaben zugunsten ihrer Leistungsempfänger, müssen die NPO selbst weniger finanzieren.

Das verstärkte politische Engagement der NPO erklärt sich aber auch damit, dass die Tätigkeitsbereiche der NPO immer mehr durch die Politik reguliert werden. Wo früher nur Subventionen gezahlt wurden, werden heute sehr detaillierte Leistungsverträge ausgehandelt. Den NPO muss daher die Möglichkeit gegeben sein, im politischen Prozess ihre Sichtweise einbringen zu dürfen.

Gemäss der aktuellen Praxis der Steuer-

INHALT

| | |
|--------------------------------|----|
| Gemeinnützigkeit und Politik | 01 |
| Blick über den Tellerrand | 02 |
| Interview: Isabelle Stadelmann | 03 |
| Con-Sense: Ein Portrait | 04 |
| Kalender | 04 |

befreiung ist einer NPO die politische Einflussnahme zum Nutzen des gemeinnützigen Zwecks erlaubt, aber sie darf nicht die hauptsächliche Tätigkeit der NPO sein. Diese Auslegung hat in der Vergangenheit nur selten zu Problemen geführt. Seit gemeinnützige NPO aber verstärkt und prominent in Komitees für Initiativen und Referenden auftreten, wird die Frage nach der Bewertung der hauptsächlichen Tätigkeit wichtiger: Ist der finanzielle Aufwand die Bemessungsgrundlage oder nur der Anteil an den Ausgaben in der Schweiz? Wie gross darf der Anteil der politischen Tätigkeit an der öffentlichen Wahrnehmung der NPO sein?

Ausschlusskriterium als Leitidee

Eine solche Diskussion ist weder für Politik noch für gemeinnützige NPO hilfreich. Eine kritische oder ablehnende Haltung der Politik würde NPO den Zugang zu wichtigen Ressourcen erschweren und zu mehr Regulierung führen. Umgekehrt ist die Politik in den entsprechenden Themenfeldern auf die Expertise und die praktische Erfahrung der NPO angewiesen.

Aber vielleicht könnte ein Kriterium für die Gemeinnützigkeit in Zukunft mehr Be-

Weit über 100 Nonprofit-Organisationen (NPO) unterstützen die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative, die letztes Jahr zur Abstimmung kam. Gemeinsam mit dem Referendum zum Jagdgesetz war diese Initiative der Startschuss für eine intensive Diskussion rund um die politische Tätigkeit gemeinnütziger NPO.

Quelle: www.konzern-initiative.ch



Schluss mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung!

www.konzern-initiative.ch

rücksichtigung finden: Im Allgemeininteresse zu handeln bedeutet, niemanden auszuschliessen. Politische Organisationen wie Verbände und Gewerkschaften, die nicht als gemeinnützig anerkannt werden, vertreten eine Klientel und grenzen sich von politischen Gegnern ab. Eine gemeinnützige Organisation dagegen sollte grundsätzlich eine in alle Richtungen offene Haltung bewahren, gerade um im Dialog verschiedene Perspektiven und Meinungen zuzulassen. Umgekehrt sollte die Politik die Gemeinnützigkeit nicht weiter

regulieren, sondern vielmehr Möglichkeiten zur inhaltlichen Mitwirkung der NPO entwickeln. In der Schweiz spenden über 70 % der Erwachsenen regelmässig, aber weniger als 50 % nehmen an politischen Abstimmungen teil. So gesehen ist Spenden auch ein wichtiger Ausdruck der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitgestaltung.

Armingeon, Klaus (2011): A prematurely announced death? Swiss corporatism in comparative perspective. In: Trampusch, Christine und Mach, André (Hrsg.): Switzerland in Europe. Continuity and change in the Swiss political economy. London: Routledge, 165-185.

Gemeinnützigkeit und politische Betätigung nach den Attac-Entscheidungen

Die Entscheidungen des Deutschen Bundesfinanzhofs zum Entzug der Gemeinnützigkeit des Vereins «Attac» schlagen hohe Wellen. Es wird von einem Angriff auf die Demokratie gesprochen. Dem ist zu widersprechen, denn die Entscheidung liegt auf der bisherigen «Linie» der Rechtsprechung.

In Deutschland dürfen gemeinnützige Organisationen nicht überwiegend politisch tätig sein. Dies folgt seit der Parteispendenaffäre der 1980er-Jahre aus der gesonderten steuerlichen Behandlung von politischen Parteien und kommunalen Wählervereinigungen.

Steuerlich absetzbare Spenden an Parteien sind juristischen Personen nicht möglich; bei natürlichen Personen sind sie auf € 1'650 pro Jahr begrenzt, weitere € 1'650 können progressionsunabhängig zur Hälfte steuerlich geltend gemacht werden. Es besteht zudem die Pflicht zur Veröffentlichung von Spenden (sofort ab € 50'000 und ab € 10'000 im Rechenschaftsbericht) sowie ein Verbot für Barspenden von über € 1'000, für anonyme Spenden ab € 500, von Durchlaufspenden von anderen NPO, von Spenden über einem Betrag von € 1'000 aus dem Nicht-EU-Ausland wie etwa der Schweiz sowie von Berufsverbänden. Kann eine finanzielle Einflussnahme nicht ausgeschlossen werden, ist sie offenzulegen.

Diese Vorschriften beruhen auf der

Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Chancengleichheit politischer Parteien, die eine ungleichgewichtige finanzielle Förderung politischer Parteien etwa durch vermögende Anhänger und damit die volle steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteispenden verbietet. Um Umgehungen zu vermeiden, dürfen gemeinnützige Organisationen ihre Mittel nicht zur Förderung politischer Parteien weiterleiten und nicht wie politische Parteien agieren.

Zulässigkeit und Grenzen

Gleichwohl steht die Rechtsprechung einer politischen Tätigkeit im Rahmen gemeinnützigen Handelns nicht im Wege, soweit das politische Engagement nicht zum Selbstzweck wird, sondern der Verwirklichung der konkreten satzungsmässigen gemeinnützigen Zwecke untergeordnet ist, nicht zu allgemeinpolitischen oder parteipolitischen Zielen allgemein Stellung genommen wird oder dies ein Einzelfall bleibt. Zulässig war beispielsweise die Tätigkeit des BUND, der im Rahmen sei-

nes gemeinnützigen Zwecks «Umweltschutz» den Rückkauf der kommunalen Netze in Hamburg mit Erfolg gefordert und über einen Volksentscheid durchgesetzt hat. Auch dürfen etwa parteinahe Stiftungen Bildungsarbeit fördern, dies muss jedoch ausgewogen und ohne politische Aktionen erfolgen.

Der Ruf nach dem Gesetzgeber

Der Ruf nach dem Gesetzgeber ist naheliegend. Indes: eine gesetzliche Definition von erlaubter politischer Betätigung wird jedoch kaum gelingen, zumal die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einzuhalten sind. Denkbar wäre eine Annäherung des Spendenabzugs an den von Parteien, also der Einführung von Höchstgrenzen und verpflichtender Transparenz, die bislang im deutschen Gemeinnützigkeitsrecht völlig fehlt.

Birgit Weitemeyer

Birgit Weitemeyer ist Inhaberin des Lehrstuhls für Steuerrecht und Direktorin des Instituts für Stiftungsrecht und das Recht der Non-Profit-Organisationen an der Bucerius Law School in Hamburg.

«Die Politik hat ein Interesse daran, zivilgesellschaftliche Interessen abzuholen»

Die Diskussionen rund um die politische Tätigkeit von Nonprofit-Organisationen (NPO) verlaufen angeregt (siehe Leitartikel). Wir sprachen mit Isabelle Stadelmann-Steffen, Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Bern, über die Gründe, die Zulässigkeit und die Grenzen eines solchen zunehmenden Engagements.

CEPS: Konzernverantwortungsinitiative oder Referendum zum Jagdgesetz. Mit solchen Initiativen und Referenden nehmen NPO nicht nur am politischen Diskurs teil, sondern betreiben aktiv Politik. Inwiefern ist dies zulässig/wichtig?

I.S.: Tatsächlich ist eine aktive Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen im schweizerischen politischen System nicht nur zulässig, sondern explizit vorgesehen. Einerseits weil die direktdemokratischen Rechte formalisierte Wege der Einflussnahme bieten. Über Initiativen sollen und können Anliegen aus der Gesellschaft eingebracht werden, welche Parlament und Regierung nicht berücksichtigen. Und das Referendum als «Vetoinstrument» steht selbstredend nicht nur Parteien, sondern auch gesellschaftlichen Gruppierungen oder Organisationen offen. Andererseits hat das «Damoklesschwert Referendum» zur Etablierung informeller Wege der Einflussnahme geführt.



Isabelle Stadelmann-Steffen ist Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Bern. Ihre Forschungsinteressen liegen u.a. in den Bereichen öffentliche Politik, direkte Demokratie und politisches Engagement.

Engagement auch in der Vergangenheit und insbesondere aufgrund der direktdemokratischen Rechte schon gut. In jüngerer Zeit kommen mir aber mindestens drei Faktoren in den Sinn, die dafürsprechen, dass es eher einfacher als schwieriger geworden ist für NPO, von diesen Möglichkeiten effektiv Gebrauch zu machen. Ein erster Punkt ist die Professionalisierung, die in diesem Bereich stattgefunden hat. Dazu gehört auch, dass es in diesen Organisationen unterdessen meist «Profis» gibt, die für die politische Arbeit explizit zuständig und ausgebildet sind. Dies dürfte eine erhöhte und organisierte Aktivität begünstigen. Zweitens bietet die Digitalisierung gute Möglichkeiten zur Mobilisierung. So kann man heute etwa relativ einfach Unterschriften über das Internet sammeln und seine «Klientel» über Online-Aktivitäten direkt und kostengünstig ansprechen. Gerade NPO, die ein jüngeres Publikum ansprechen, dürften davon profitieren. Drittens passen einfach auch viele von NPO vertretene Themen wie Klimawandel, Umwelt- und Naturschutz aber auch Menschenrechte und Ungleichheiten aller Art zum Zeitgeist. Dies erhöht die Chancen dieser Organisationen, auch gehört zu werden und Unterstützung aus der Gesellschaft zu erhalten.

CEPS: Wo sehen Sie die Grenzen solcher politischen Aktivität von NPO?

I.S.: In der politischen Interessenvermittlung kann man zwei Sphären unterscheiden. Die eine ist die Welt der klassischen parlamentarischen Politik, in der gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten politisch aktiv sind und legitimiert sind, die Interessen ihrer Wählenden zu vertreten. Die zweite ist jene, die eher auf der Ebene von Verbänden, Organisationen und Verwaltung stattfindet. Hier werden Organisationen klassischerweise aufgrund ihrer Expertise in einem bestimmten Bereich einbezogen. Es ist völlig klar, dass sich diese beiden Sphären nicht immer klar trennen lassen, und eben auch NPO im Sinne der Ziele ihrer Organisationen und sozusagen im Auftrag ihrer Mitglieder politische Akteure werden. Trotzdem stösst das System dort an die Grenzen, wo

sich diese beiden Sphären zu stark vermischen. Zum Beispiel bei politischen Aktivitäten von Organisationen, bei denen nicht mehr klar ist, ob sich die Aktivitäten nun tatsächlich auf die Ziele der Organisation oder aber eher auf die politischen Ambitionen Einzelner beziehen. Und umgekehrt muss transparent sein, wenn gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter auch die Interessen bestimmter zivilgesellschaftlicher Organisationen vertreten.

CEPS: Vielen Dank!

CEPS INSIGHT

Änderungen im CEPS-Team

Nach knapp fünf Jahren am CEPS hat Sophie Hersberger unser Institut Ende Februar 2021 nach erfolgreichem Abschluss ihrer Dissertation verlassen. Bereits seit einigen Monaten federführend an den Vorbereitungen mit dabei, wird sie sich nun vollumfänglich dem Beratungsunternehmen Con-Sense widmen (siehe Seite 4). Das CEPS wünscht Sophie auf ihrem weiteren Weg alles Gute. Zudem freuen wir uns, dass Manvi Bhatia, seit April 2020 im Team, neu als wissenschaftliche Mitarbeiterin am CEPS fungiert. ceps.unibas.ch/de/ueber-uns/das-team/

CEPS PhD Series

Ende Dezember 2020 hat das CEPS seine neue Buch-Serie «CEPS PhD Series» lanciert, in der am Institut verfasste Dissertationen veröffentlicht werden. Den Anfang machen die Publikationen «Investments in and for Nonprofit Organizations» von Sara Stühlinger und «The Marketization of Nonprofits» von Sophie Herberger. ceps.unibas.ch/de/publikationen/

CEPS Jahresbericht 2020 erschienen

Trotz herausfordernden Umständen dürfen wir auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Das CEPS bedankt sich bei allen, die diesen Erfolg ermöglichen! ceps.unibas.ch/de/ueber-uns/jahresberichte/

Regierung und Parlament haben ein starkes Interesse daran, zivilgesellschaftliche Interessen immer wieder abzuholen und einzubinden. Und schliesslich gehört es ebenso zur schweizerischen halbdirekten Demokratie dazu, dass es um Abstimmungen herum eine politische Kampagne gibt, in der unterschiedliche Akteure und Organisationen ihre Meinung öffentlich machen und versuchen, eine Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

CEPS: Sind NPO heute stärker bzw. organisierter politisch tätig als in der Vergangenheit?

I.S.: Wie gesagt, waren die Möglichkeiten und Anreize für NPO für politisches

Con·Sense stärkt gesellschaftliches Engagement

Seit März 2021 hilft die neue Beratungsfirma Con·Sense grossen und kleinen NPO und Stiftungen dabei, ihre Wirkung in der Gesellschaft zu verstärken. Wissenschaftlich fundierte Methoden treffen dabei auf praktische Anwendung und Umsetzung.

Neue Finanzierungsformen, höhere Anforderungen der Gesellschaft und Geldgeber an Effektivität und Effizienz, Nachfolgeplanung in Stiftungsräten, die Einführung eines agilen Arbeitsmodells, das Finden geeigneter Kooperationspartner, oder die Überprüfung einer Förderstrategie: dies sind nur einige der Themen, die NPO und Stiftungen beschäftigen. Als Spin-Off des CEPS hat sich die neu gegründete Beratungsgesellschaft Con·Sense zum Ziel gesetzt, Organisationen in diesen Prozessen und Herausforderungen zu beraten und als Partner auf Augenhöhe zu begleiten.

ist aber nicht das einzige Angebot von Con·Sense. Durch die Organisation von Wissensvermittlungs- und Austauschveranstaltungen sollen Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat vernetzt werden, um Synergien zu fördern. Die eigene Veranstaltungsreihe «Auf den Punkt gebracht» macht dazu am 24. März 2021 mit einem einstündigen Onlineformat den Auftakt. Diskutiert wird, welche NPO oder Stiftung unsere Gesellschaft in Zukunft denn braucht. Anmeldeöglichkeiten und weitere Informationen zu Con·Sense finden Sie unter: www.aboutconsense.ch

Sophie Hersberger

Verknüpfung von Theorie und Praxis

Con·Sense setzt dabei auf wissenschaftlich basierte Methoden und neuste Forschungserkenntnisse, die durch die Praxiserfahrung der Mitarbeitenden auf den Organisationsalltag operativer NPO und Förderstiftungen angepasst und angewendet werden. So soll beispielsweise ein Wirkungsmodell nicht nur Modell bleiben, sondern durch die Entwicklung geeigneter Methoden der Datenerhebung und die Definition von Wirkungszielen die Geschichte erzählen, die eine Organisation einzigartig macht.

Für den ganzen Sektor

Organisations- und Strategieberatung

QUARTALSSZAHL

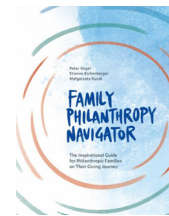
3'673

So viele Stiftungen sind in der Schweiz seit 2010 gegründet worden. Allerdings sind im selben Zeitraum halb so viele Stiftungen auch liquidiert worden. Diese Entwicklung zeigt: Stiftungen leben nicht für ewig und immer mehr Stifterinnen und Stifter gründen Stiftungen für eine begrenzte Zeit.

swissfoundations.ch/aktuell/stiftungsreport-2021-preview/

Neuer Ratgeber

Der Family Philanthropy Navigator ist ein praktischer und fundierter Ratgeber für gestandene und angehende Philanthropen.



Von Aristoteles bis zu Bill Gates reichen die Zitate über die Schwierigkeit sinnvoll zu geben. Vermögende Familien stellen sich dabei noch weitere Herausforderungen wie unterschiedliche thematische Interessen und Divergenzen zwischen den Generationen.

Mit dem Family Philanthropy Navigator haben Peter Vogel und Malgorzata Kurzak vom IMD und Etienne Eichenberger von wise Philanthropy Services einen Ratgeber publiziert, der dabei hilft, die Schwierigkeiten bei der Definition und Umsetzung des eigenen philanthropischen Engagements zu bewältigen. Vom Zweck über Beziehungen führt der Navigator zur passenden Organisation. Dabei werden immer wieder Aufgaben gestellt und weiterführende Informationen geboten.

Die enthaltenen Fallstudien machen deutlich, dass die Inhalte aus der praktischen Erfahrung der drei Autoren entstanden sind und so auch vermittelt werden. Letztlich bietet das Buch nicht nur einen Werkzeugkasten für Familien, sondern für jede Person, die mit ihrer eigenen Philanthropie wirksame Akzente setzen will.

Georg von Schnurbein

imd.org/research-knowledge/books/family-philanthropy-navigator/

KALENDER

Aktuelle CEPS Weiterbildung:

CAS Nonprofit Governance & Leadership

3 Module – Sigriswil & Basel
Start: 12. April 2021

Philanthropie am Morgen

17. Juni 2021, Basel
22. Juni 2021, Zürich

CAS Wirkungsmanagement in NPO

3 Module – Wilen & Basel
Start: 23. August 2021

Master Class

26. - 28. August 2021, Bogis-Bossey

CAS Global Social Entrepreneurship

5 Module – Basel, Online, On-Site
Start: 27. September 2021 (Mod. 1 flexibel)

[Jetzt anmelden -> CEPS Weiterbildung](#)

WEITERE TERMINE

ERNOP Science and Society Seminar

ERNOP
23 March 2021, [online](#)

PPCmetrics Stiftungstagung

PPCmetrics
11. Mai 2021, Zürich

Schweizer Stiftungssymposium

SwissFoundations
01. - 02. Juni 2021, Basel

Deutscher Stiftungstag

Bundesverband
Deutscher Stiftungen
07. - 11. Juni 2021, online

Basler Stiftungstag 2021

Stiftungsstadt Basel
24. August 2021, Basel

IMPRESSUM

HERAUSGEBER



Universität
Basel



Center for Philanthropy Studies,
Steinengraben 22, 4051 Basel

www.ceps.unibas.ch
twitter.com/CEPS_Basel
linkedin.com/company/cepsbasel

REDAKTION

Nicholas Arnold (n.arnold@unibas.ch)

LAYOUT & BILDNACHWEIS

a+ GmbH, Steffen Bethmann
© Freepik
© CEPS 2021

Online verfügbar unter:

ceps.unibas.ch/de/philanthropie-aktuell/